



Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

MÜNCHEN – STADT FÜR KINDER!?

Politik für Kinder und Familien hat zur Zeit Hochsaison. Quer durch alle Parteien schmiedet man Konzepte, wie die Stadt für Familien mit Kindern attraktiver und bezahlbar gemacht werden könnte.

Selbst die CSU beginnt zu verstehen, dass es nicht ausreicht die Familie als wertvollste Zelle des Staates hoch zu rühmen - man muss auch dafür sorgen, dass Menschen sich Kinder auch leisten können. Rot-Grün in München versucht schon seit Jahren alles zu tun, um jungen Familien das Leben in der Stadt zu ermöglichen.

Wohnen in München - Kinder verboten?

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist familiengerechter und finanzierbarer Wohnraum. Im Münchenmodell (Wohnungen für Menschen, deren Einkommen 30% bzw 60% über dem Höchst-



So soll es sein. So ist es aber viel zu selten.

einkommen zur Berechtigung für eine Sozialwohnung liegt) werden gerade für Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen Angebote sowohl zur Anmietung als auch zum Kauf gemacht. Bei all den Neubauprojekten, die in München in den nächsten Jahren verwirklicht werden, muss es unser Hauptanliegen sein, dieser Bevölkerungsgruppe mehr und attraktiveren Wohnraum anzubieten. Auch der von uns Grünen immer geforderte Ausbau des genossenschaftlichen Wohnungsbaus kann für viele junge Familien den Verbleib in München sichern.

Hilfen für Familien

Doch günstiger Wohnraum allein reicht nicht aus, um Menschen mit Kindern in München zu halten. Immer mehr Familien brauchen professionelle Hilfe bei der Erziehung der Kinder. Immer seltener ist die klassische Familie mit Mutter - Vater - Kinder (am Besten noch mit Oma und Opa als Tagesmutterersatz in der Nähe) anzutreffen. Statt dessen gibt es immer mehr Alleinerziehende und Stiefkindfamilien, die oft vor nicht mehr lösbaren Probleme stehen. Wir haben in

Was drin ist:	
	Seite
Überforderte Eltern haben überforderte Kinder	4
Von der Misere der Krippenplätze	6
Grüne Offensive für den Radverkehr	8
Die städtischen Güter – praktizierter Verbraucherschutz	9
Aktion Noteingang	11
Wie die Stadt den Treibhauseffekt subventioniert	13

Das Kandidatenkarussell

Im Herbst werden die Grünen ihre Bewerberliste für die Stadtratswahl aufstellen - höchste Zeit also, sich einen Überblick über potentielle Kandidatinnen und Kandidaten zu verschaffen. Die Grüne Mamba hat einige in der Kommunalpolitik Aktive nach ihren Absichten gefragt. Dabei haben wir den Schwerpunkt zunächst auf die amtierenden Stadträte und Stadträtinnen gelegt, aber auch darüber hinaus geschaut. Auf den folgenden Seiten äußern sich die Befragten, ob sie einen aussichtsreichen Listenplatz anstreben.

Wer nicht gefragt wurde (die Mamba kann nicht alles wissen), aber Wert darauf legt, ist herzlich eingeladen, Kontakt mit uns aufzunehmen.

den letzten Jahren die Unterstützung für Erziehungsberatungsstellen regelmäßig erhöht und wollen dies auch in Zukunft fortführen. Darüber hinaus müssen aber auch andere Modelle ausprobiert werden. Die Komm-Struktur der Erziehungsberatungen erreicht nicht alle gefährdeten Familien. Gerade für Migrantenfamilien sind solche Einrichtungen oft fremd und Hilfeangebote erreichen sie nicht rechtzeitig. Schon seit langem fordern wir daher, muttersprachliches Personal in den Beratungsstellen einzustellen, um zumindest die, die kommen, angemessen beraten zu können.

Darüber hinaus sind wir gerade dabei, in den Kindergärten eine Struktur aufzubauen, die hilft, Probleme rechtzeitig zu erkennen, und den Eltern Lösungsmöglichkeiten aufzeigt.

Durch die Wiedereinführung von multikulturellen Erzieherinnen wird gesichert, dass Migrantenfamilien auf die Hilfeangebote der Stadt rechtzeitig hingewiesen werden. Der Ausbau der Früherkennungsstellen hilft den Erzieherinnen, verhaltensauffällige Kinder rechtzeitig zu erkennen und gibt ihnen professionelle Hilfe.

Platz für Kinder

Es gibt in München immer weniger Räume, die von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können. Dabei kommen die Kleinen noch am Besten weg: Spielplätze werden in allen Neubaugebieten ausreichend eingerichtet und die bestehenden attraktiver gestaltet. Auf die verschiedensten Grünen Initiativen hin ist in den letzten Jahren die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung der Spielplätze zur Norm geworden. Auch unsere oft wiederholte Forderung nach Öffnung der Schulhöfe wird nach und nach erfüllt.

Noch intensiver müssen wir uns dafür einsetzen, dass auch Höfe mehr von Kindern genutzt werden können. Das bekannte Schild "Ballspielen verboten" hängt noch

an viel zu vielen Wänden und immer noch wird in zu vielen Hinterhöfen streng darauf geachtet, dass des Deutschen Lieblingskind, das Auto, auch sicher untergebracht ist.

Kinder - und vor allem auch Teenies - brauchen aber auch Bereiche in einer Stadt, die nicht von Erwachsenen für sie vorgesehen und sicher gestaltet wurden. Baulücken, "wilde" Teile von Parks und ähnliches müssen für Jugendliche zugänglich sein. Kinder, die ihre Abenteuer beim Bäumeklettern erlebt haben, müssen morgen ihren Mut vielleicht nicht beim S-Bahnsurfen beweisen.

Recht auf Lärm

Eine Aufgabe für Grüne wird in nächster Zeit die Änderung des unsäglichen Gesetzes sein, das Lachen und Toben von Kindern nach den selben Emissionswerten misst wie Autolärm. Hier ist unser Umweltschutzreferat gefordert. Es muß erstmal die rechtlichen Möglichkeiten ausloten. Dann müssen wir unsere Bundesgrünen aktivieren, die Emissionsrichtlinien kinderfreundlich zu gestalten. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, dass eine Wiese, auf der ein paar 10jährige rumbolzen, genauso bewertet wird, wie ein Multifunktionsstadion mit 60000 Sitzplätzen.

Schule - Lebensraum oder Paukstätte?

Schule heute muß mehr leisten als reine Wissensvermittlung. Hier liegen die Angebote gerade in Bayern noch im Argen. Die von Frau Hohlmeier neu eingeführte "verlässliche Halbtagschule" hat sich als reine Augenwischerei herausgestellt. Es kann nicht von Schule gesprochen werden, wenn die Betreuung durch Eltern und die Finanzierung durch die Kommunen geleistet wird. Von unserer Grünen Idee einer Halbtags- oder besser noch Ganztagschule, in der Kinder und Lehrkräfte gemein-

sam den Tag gestalten und sich Lern-, Lebens- und Erlebenssequenzen abwechseln, ist die "Hohlmeierschule" weit entfernt. Wenn man Ideen abkupfert, sollte man sich nicht nur die Überschriften ansehen, sondern das ganze Programm.

Jetzt werden in Bayern endlich mehr Ganztagesesschulen geplant. Was also in fast ganz Europa seit je her üblich ist, wurde nun auch vom bayerischen Kultusministerium entdeckt. Nur wird das Ganze wieder auf schwache Füße gestellt werden. Die Einführung in den 8jährigen Gymnasien ergibt sich von selbst, da sonst der Lehrstoff gar nicht durchgenommen werden könnte. Viel Platz für soziales Lernen, Sport und Kultur bleibt da bestimmt nicht. Und dann bleiben bayernweit noch 20 Hauptschulen übrig - ganz nett, aber bestimmt nicht der große Wurf. Der bei der Einführung der sechsstufigen Realschule viel gepriesene Elternwille wird ignoriert, wenn er den Wunsch nach mehr Ganztageschulen äußern sollte.

Auf die Lehrpläne haben wir als Kommunalpolitiker keinen Einfluß. Doch können wir zumindest in den städtischen Schulen viele Pädagogikideen umsetzen.

Ein Computer für jede Schulbank

Viel beachtet wurde der Stadtratsbeschluss zur EDV-Vernetzung der Schulen. Das Kultusministerium gibt dafür in ganz Bayern 60 Mio aus. In München hat der Stadtrat über 200 Mio bereitgestellt. Auch wenn wir nach wie vor der Ansicht sind, dass dies eigentlich ausschließlich Landessache wäre, können wir nicht warten, bis der Freistaat mehr als Versprechungen macht: unsere Schülerinnen und Schüler brauchen heute einen zeitgemäßen Unterricht!

Auch bei den neuen Formen der Unterrichtsgestaltung ist München Vorreiter in Bayern. Mit unserem Pädagogischen Institut ermöglichen wir Schulen, sich auf die neuen Ansprüche in der Pädagogik adäquat einzustellen.

Ein wichtiges Anliegen ist es uns, unsere Schülerinnen und Schüler gut für die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu rüsten. München ist die deutsche Stadt mit dem besten Lehrstellenangebot. Doch wächst die Zahl derer, die den Ansprüchen des Münchner Arbeitsmarktes nicht mehr genügen. Arbeitgeber suchen sich Auszubildende mit mindestens Mittlerer Reife - und aus den neuen Bundesländern kommen junge Leute sehr gerne nach München.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht schlecht gestaunt haben wir, als uns das liberale Flaggschiff des deutschen Zeitungswesens, die gute Fee der Münchner Licherkette und aller ihrer Nachfolgerinnen, uns in einem Kommentar so richtig hergewatscht hat für unseren Einfall, Schilder mit der Aufschrift "Aktion Noteingang - Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen" anzubieten. Das, befand der Kommentator, sei in München nun wirklich übertrieben, rücke die Stadt in ein schiefes Licht und sei wohl ein Ausdruck unserer Profilneurose.

Ob übertrieben oder nicht, das sollten am besten diejenigen beurteilen, die sich bedroht fühlen könnten - Menschen anderer Sprache und Kultur, häufig mit dunklerer Hautfarbe. Von denen, das vermelden wir nicht ohne Genugtuung, hat sich noch keiner bei uns beschwert. Und wenn doch, dann können wir mit dem Vorwurf, unseren Einsatz gegen Rassismus zu übertreiben, auch ganz gut leben.

Noch ein bißchen stolzer macht es uns, dass es so viele Münchner Bürger und Institutionen gibt, die so ein Schild haben wollen. Nicht nur Szenekneipen wie das Wirtshaus im Schlachthof oder das Baader Café, auch Bars und echte bayerische Gasthäuser, Pfarreien, Buchhandlungen und Bibliotheken haben mittlerweile die Schilder an ihren Türen angebracht.

Die erste Lieferung der Schilder aus Berlin ist schon verbraucht, wir haben fix nachbestellt. Vielleicht will ja auch der Süddeutsche Verlag demnächst ein paar haben. Wir kommen dann auch wieder zur nächsten Licherkette. Versprochen.

Markus Viellvoye

Manche Jugendliche aus München fühlen sich dagegen als 18jährige zu Dauersozialhilfeempfängern gestempelt, oder werden in teuren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nachträglich für die Arbeitswelt qualifiziert. Häufig betrifft dies Jugendliche mit schlechten Deutschkenntnissen. Wir müssen daher in den Schulen verstärkt Sprachfähigkeiten fördern. Mit Projekten wie "Mama lernt Deutsch - Schule mal anders" sind die ersten Schritte getan. In den Schulen müssen gefährdete Kinder rechtzeitig unterstützt werden und - wenn nötig - auch außerschulische Hilfe erhalten. Hier ist eine bessere Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe gefordert. Wenn die Jugendhilfe erst dann auf einen Jugendlichen aufmerksam wird, wenn er nach erfolglos beendeter Schullaufbahn auf der Straße steht, sind die Hilfemöglichkeiten um ein vielfaches geringer und auch teurer.

Kinderbetreuung in München

Viel kritisiert wird von Familien in München, dass es kein lückenloses Angebot an Betreuungseinrichtungen gibt. Einiges konnte in den letzten Jahren verbessert werden: die Kindergartenversorgung hat den von Rot/Grün/rosa in München angestrebten Grad von 90% fast erreicht. Doch in der Krippen- und Hortversorgung liegt noch vieles im argen. Immer noch weigert sich der Freistaat seinen Anteil an der Versorgung der unter 3 und über 6-jährigen zu leisten. Alle Horte und Krippen werden nach wie vor alleine von München finanziert und nach wie vor gibt es in München - bis auf die städtische Gesamtschule - keine Ganztagschulen in öffentlicher Trägerschaft. (siehe den Beitrag von Renate Binder auf S. 6)

Eine Hoffnung birgt der Plan der Bundesregierung, sich stärker in der Betreuung der unter 3- und über 6-jährigen zu engagieren. Wenn wir nur auf städtische Finanzierung angewiesen sind, wird es - auch

bei allen Anstrengungen - noch einige Zeit dauern, bis wir ein angemessenes Betreuungsangebot für alle Kinder bieten können.

Politik für und mit Kindern

Wichtig für die Grünen im Stadtrat ist außerdem die Unterstützung von geschlechtsspezifischer Kinderarbeit. In der Mädchenarbeit kann die Stadt München durchaus viel vorweisen und es ist uns gelungen, das Angebot in den letzten Jahren kontinuierlich auszubauen. In diesem Jahr wurde nun auf Grünen Antrag hin eine Stelle für Jungenarbeit geschaffen und die ersten - leider noch sehr kleinen und unsicheren - Schritte zu einer Konzeption für Jungenarbeit wurden getan. In diesem Bereich bleibt jedoch noch viel zu tun und hier sind gerade unseren Grünen Ideen gefragt.

Politik mit Kindern hat in München schon Tradition. Die zweimal im Jahr stattfindenden zentralen Kinder- und Jugendforen haben so großen Anklang gefunden, dass sie inzwischen auch auf Stadtteilebene durchgeführt werden. Seit zwei Jahren haben wir in allen Bezirksausschüssen Kinderbeauftragte und es ist bei fast allen kinderrelevanten Planungen üblich, die Kinder auch zu beteiligen - sei es an der Gestaltung eines Schulhofes oder am Neubau eines Spielplatzes.

Doch was es heute an Kinderbeteiligung gibt, reicht noch nicht aus. Kinder sollten noch in viel mehr Planungen mit einbezogen werden, denn sie sind auch Straßen- und MVV-Nutzer, Geschäftskunden und Schwimmbadnutzer. Gerade wir Grünen stehen für ein selbstbestimmtes Kinderbild: wir haben mehr Zutrauen zu Kindern und wollen - im Gegensatz zu SPD und vor allem CSU - eine Überbetreuung vermeiden.

Jutta Koller



Siegfried Benker

Sozialpädagoge
44 Jahre, 3 Kinder
Fraktionsvorsitzender,
Stadtrat 1993-1995 und wieder seit 1996

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

SOZIALARBEITERFREIE ZONEN FÜR JUGENDLICHE!

Natürlich ist die Jugend von heute furchtbar. Sie interessiert sich nicht für Politik. Sie hängt faul herum und reagiert bestenfalls noch auf eine Klingelmelodie ihres Handys. Die Jugendlichen tragen teure Designerklamotten und wenn sie sich die nicht leisten können, klauen sie sie einfach ihrem Schulnachbarn. In den Pausen und auf dem Nachhauseweg prügeln sie sich bevorzugt mit Gleichaltrigen. In der Schule jagen sie Lehrer vor sich her.

Sie benötigen eine Sozialarbeiterdichte (ASD = Allgemeine Sozialarbeiterdichte) von zwei Sozialpädagogen pro Quadratmeter. In einigen Stadtvierteln weniger, in anderen bedeutend mehr. Demnächst wird der Betreuungsschlüssel von 1:1 nach langen Debatten erreicht sein. Wo soll das alles enden?

Spaß beiseite: wer die öffentlichen Debatten über Jugendliche verfolgt, könnte zu dem Schluß kommen, daß Jugendliche immer schlimmer werden, sich für nichts interessieren und wenn, dann bestenfalls für oberflächliche Konsumlabels auf ihren teuren Klamotten.

Es ist unbestritten: es gibt schwierige Jugendliche, auch gewaltbereite Jugendliche. Es gibt Jugendliche, die schon jetzt keine Perspektive mehr sehen und die deshalb nicht bereit sind, sich einzufügen in die Zumutungen eines Erwachsenenlebens, das ihnen nicht mehr zu bieten hat, als die Perspektivlosigkeit, die vielleicht schon ihre Eltern haben. Doch die Debatte in der Öffentlichkeit tut immer so, als ob diese Jugendlichen ein repräsentativer Querschnitt der Jugendlichen in Deutschland sind. Das sind sie nicht. Jugendliche haben schon immer und zu recht dagegen protestiert, daß sie so werden sollen, wie es die Gesellschaft und ihre Eltern und die Gutmeinenden der

Gesellschaft von ihnen fordern. Egal ob es die Halbstarcken der 50iger Jahre oder die Rocker der 60iger Jahre oder die Hippies der 70iger und die Aussteiger der 80iger Jahre waren: sie alle wollten eigene Wege gehen, die die Gesellschaft und ihre Eltern mißtrauisch bis feindselig betrachtet haben.

Die Jugendlichen von heute sind genauso. Der Vorwurf, sie würden sich für nichts interessieren, fällt in sich zusammen, wenn man genauer hinschaut: die Shell-Studie hat belegt: die Jugendlichen wollen sich sehr wohl engagieren, aber sie wollen es nur zum Teil in den überkommenen Parteistrukturen tun. Sie wollen ein Engagement, das sie nicht auf Dauer bindet, sondern ihnen ihre Freiheiten läßt. Und das trifft auf alle Bereiche des ehrenamtlichen Engagements zu.

Jugendliche werden zu allen Zeiten in Krisensituationen mit den Erwachsenen und der etablierten Generation geraten. Alle Jugendrichter wissen das und sprechen deshalb auch angemessen von alterstypischer Delinquenz, wenn es zu Straftaten kommt. Wir wenden uns gegen Hysterisierung in der Debatte und gegen Verteufelung von Jugendlichen. Deshalb sollten die Artikel in dieser Mamba über die Jugendlichen auch so gelesen werden, wie sie gemeint sind: wenn über Kinder- und Jugendhilfe und weitere Maßnahmen geschrieben wird, dann trifft dies auf einen kleinen Ausschnitt der Jugendlichen zu.

Die restlichen Jugendlichen - und das sind ca. 97 % haben mal Konflikte mit der Gesellschaft. Aber das ist gut so, sonst würde sich diese Gesellschaft nicht weiterentwickeln.

Siegfried Benker

ÜBERFORDERTE ELTERN HABEN ÜBERFORDERTE KINDER

Trotz Vollbeschäftigung und einer hervorragenden Ausbildungsplatzsituation - die Kosten für Erziehungshilfen steigen immer weiter.

Es ist ein zunächst unerklärliches Phänomen. In der Regel gehen ExpertInnen davon aus, daß die Kosten der gesetzlichen Jugendhilfeleistungen für Erziehungshilfen zurückgehen müßten, wenn auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt genügend Angebote vorhanden sind, um Armutssituationen seltener werden zu lassen. Diese Bedingung ist in München und Umgebung erfüllt: Auf dem Arbeitsmarkt können wir zurecht zum erstenmal seit langem wieder von Vollbeschäftigung sprechen. Auch die Ausbildungssituation ist entsprechend gut. Diese wichtigen Faktoren müßten eigentlich in den Familien und für die Jugendlichen in potentiellen Armutssituationen dazu führen, daß sich das Familienleben entspannt: Wenn der Vater (wieder) Arbeit hat, die Mutter vielleicht ebenfalls und durch eine Lehrstelle eine Perspektive eröffnet ist, müßte die gesetzliche Jugendhilfe logischerweise weniger in Anspruch genommen werden. Soziale Sicherheit ist eine wichtige Grundbedingung (sicher nicht die einzige!) dafür, daß sich angespannte Familiensituationen wieder entspannen können.

Arbeitslosigkeit sinkt - Jugendhilfeetat wächst

Doch die gute Arbeitsmarktlage hat bisher keine Auswirkungen auf die Jugendhilfeleistungen. Im Gegenteil: nach Schätzung des Sozialreferates vom September 2000 werden die Gesamtausgaben für Jugendhilfemaßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz von ca. 231 Millionen Mark in 1999 auf ca. 255 Millionen Mark in 2000 steigen. Das ist eine Steigerung um ca. 10 Prozent. (Exakte Ergebnisse für 2000 liegen noch nicht vor, aber die Größenordnung wird sich nicht wesentlich verändert haben) Im gleichen Zeitraum stiegen die Fallzahlen von 11.756 um 846 Fälle (ca. 7,2 %) auf 12.602. Die Durchschnittskosten für die Betreuung eines



Sabine Csampai

gelernte Bühnenbildnerin
49 Jahre alt, verheiratet, 3 Kinder
Stadträtin seit 1984
von 1990-1996 3. Bürgermeisterin
Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Nein.“

Kindes/Jugendlichen liegen damit bei 20.238,— DM im Jahr 2000.

Diese Zahlen sind natürlich in mehrerer Hinsicht alarmierend. Eine Steigerung der Kosten in dieser Größenordnung erfordert genau hinzusehen, wofür die Gelder ausgegeben werden - aber auch, warum sie ausgegeben werden müssen.

Umbau statt Ausbau

Die Fraktion der Grünen hat bereits im Jahr 1999 einen Antrag gestellt, die Jugendhilfemaßnahmen zur Erziehung flexibler zu gestalten und mehr ambulante Hilfen anstatt Heimunterbringung anzubieten. Wir halten das Angebot ambulanter Hilfen in dem meisten Fällen für das richtige. Heimunterbringung sollte seltener erfolgen als bisher. Wobei das Grundprinzip aber bleiben sollte: für jedes Kind und jeden Jugendlichen muß jeweils die richtige Hilfe angeboten und auch finanziert werden. Wir waren uns nur nicht so sicher, ob nicht zu häufig auf das Angebot Heimunterbringung zurückgegriffen wird, bevor andere Vorfeldhilfen (Sozialpädagogische Familienhilfe, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung usw.) angeboten werden. Aufgrund dieses Antrages und des Beschlusses hierzu im September 1999 wurde Frau Prof. Dr. Kurz-Adam von der Katholischen Stiftungshochschule Benediktbeuren beauftragt, sich die Situation der stationären Unterbringung in München genauer anzusehen. Das Ergebnis ist vielschichtig, aber in einem Punkt eindeutig: "Nur knapp 17% der jungen Menschen, die später stationär untergebracht wurden, haben vor der ersten Aufnahme nach Angaben der Fachkräfte ambulante Hilfen im Rahmen der Erziehungshilfen in Anspruch genommen."

Unterbewertet: Ambulante Hilfen

Ohne nur den Spareffekt im Blick zu haben, kann also gesagt werden, daß durch eine Änderung im System der Zuweisung der Hilfeangebote eine Menge erreicht werden kann. Der Blick auf die Zuweisungspraxis ist nicht nur ein Kostenblick, sondern auch ein Blick auf die Strukturen des Jugendamtes, des Allgemeinen Sozialdienstes und der freien Träger: "Ambulante Hilfen haben auf der Wunschliste der Fachkräfte allenfalls einen marginalen Stellenwert." Mit einer Reihe von Maßnahmen ist das Jugendamt seit Abschluß der Studie daran gegangen, Fehlentwick-

lungen durch interne Korrekturen zu beheben. Dies wird ein langwieriger Prozeß werden. Die Hoffnung, hier durch ein Maßnahmenpaket "Umbau statt Ausbau" kurzfristig massive Einspareffekte zu haben, dürfte trügen. Aber der Weg ist richtig.

Die Kostenentwicklung kann aber nur die eine Seite der Medaille sein. Entscheidend ist auch die Frage, warum die Maßnahmen trotz guter wirtschaftlicher Lage in München immer stärker in Anspruch genommen werden müssen.

Familien als Modernisierungsverlierer

Die Antwort ist nicht einfach zu geben. Es muß aber wohl festgehalten werden, daß im Zeitalter der Globalisierung nicht alle Familien mithalten können. Auch ist festzustellen, daß die Verunsicherungen, die die immerwährende Forderung nach Flexibilität und schneller Anpassung mit sich bringt, viele Familien überfordern. Das Leben in einer teuren Großstadt, in der oft genug beide Elternteile berufstätig sein müssen um den Lebensunterhalt zu sichern, überstrapaziert den sozialen Zusammenhalt vieler Familien. Hinzu kommen häufig persönliche Probleme wie Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenabhängigkeit oder ein unsicherer Aufenthaltsstatus bei Migrantenfamilien. Die Palette ist beliebig erweiterbar. Und in immer früheren Jahren sind die Jugendlichen und Kinder von diesen Mißständen betroffen. Die Shell-Studie 1999 hat es in einem anderen Zusammenhang so formuliert: "Die Krise der Erwachsenenwelt hat die Jugend erreicht."

Jugendhilfe als Reparaturbetrieb der Globalisierung

Kinder und Jugendliche aus Familien, die den Anforderungen von Arbeit, Ausbildung und Schule nicht mehr gewachsen

Lydia Dietrich,

40 Jahre, Krankenschwester und Politologin, derzeit Mitarbeiterin eines Grünen LT-Abgeordneten. Seit 1999 Stadtvorsitzende der Münchner Grünen

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."



sind, sind die Modernisierungsverlierer von morgen. Diese Kinder und Jugendlichen spüren schon jetzt sehr genau, daß das Leben ihnen keine Perspektive bietet. Wie sollen die Kinder sich aufrappeln, wenn die Eltern den Kampf um Anpassung und Flexibilität schon aufgegeben haben? Wie soll sich bei den Kindern das Gefühl einstellen, im Leben eine echte Chance zu haben, wenn schon die Eltern keine mehr sehen - für sich und für ihre Kinder? Mit anderen Worten: immer mehr Eltern sind angesichts der Verunsicherungen und Zumutungen einer sich global ausrichtenden Stadtgesellschaft überfordert, ihren Kindern Halt und Perspektive zu bieten. Überforderte Eltern haben überforderte Kinder - mit allen negativen Folgen, die dann die Jugendhilfe korrigieren soll.

Diese kurze Analyse, die sicherlich die bundesweite Debatte zu dieser Fragestellung nur anreißen kann, zeigt, daß auch die Jugendhilfe überfordert werden kann: Erziehungshilfen können gesellschaftliche Ursachen nicht beheben, bestenfalls benennen.

Der Boom bringt auch Verlierer hervor

Das Problem zunehmend überforderter Elternschaften wird in Zukunft sicherlich eines der Probleme, mit denen Jugendhilfe zu kämpfen hat. Es wird zu überlegen sein, welche Präventivmaßnahmen angeboten werden müssen und können. Vor allem zeigt es aber, daß "Umbau statt Ausbau" nur ein Teilaspekt der Gegensteuerung sein kann. Es wird vielmehr deutlich, daß Jugendhilfe verstärkt wieder Familienhilfe werden muß. Und vor allem zeigt es: die Boomstadt München hat viele Gewinner, sie produziert aber auch ihre Modernisierungsverlierer.

Siegfried Benker

BRAUCHT MÜNCHEN EIN GESCHLOSSENES HEIM FÜR STRAFUNMÜNDIGE SERIENTÄTER?

Die Einrichtung eines geschlossenen Heimes für Kinder und Jugendliche war aufgrund eines Antrages der Grünen Gegenstand der Beratungen im Kinder- und Jugendhilfeausschuß.

Der Anlass hierfür war, daß ein Träger ein Konzept vorgelegt hatte und dieses nur in kleinen Teilen über die Presse in die Öffentlichkeit drang. Die CSU sah darin den Weg zu dem von ihr schon lange unverbrämt geforderten Jugendknast, der problematische Jugendliche möglichst wegsperren soll - eine Vorstellung, mit der die Grünen keineswegs einverstanden sind. Wir wollten aber über die Notwendigkeit und Ausgestaltung geschlossener Heimunterbringung öffentlich diskutieren. Die Frage um die Einrichtung geschlossener Hilfsmaßnahmen wird seit Beginn der siebziger Jahre immer wieder intensiv diskutiert. Im Laufe der Diskussion wurden die Plätze in geschlossenen Heimen für Jugendliche bundesweit massiv abgebaut. Das Jugendamt München hat derzeit Be-

legungsoptionen auf 143 Plätze, verteilt im gesamten Bundesgebiet, die es aber mit vielen anderen Jugendämtern in Deutschland teilen muß.

Intensivbetreuung statt Kinderknast

Aufgrund der Debatte um immer schwieriger werdende Kinder und Jugendliche, die von allen anderen Maßnahmen der Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden können wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und dem Träger "Neue Wege" das Konzept "shark X" entwickelt. Dieses sieht eine geschlossene Einrichtung für sechs Jungen im Alter von 12 - 14, in Ausnahmefällen von 10 bis 16 Jahren, vor. Diese werden intensiv betreut: Der Personalschlüssel ist 1 : 1. Das Heim kommt nur zum Tragen, wenn alle anderen Maßnahmen nicht gegriffen haben. Das Konzept sieht vor, daß die Jugendlichen so rasch wie möglich wieder offenere Angebote erhalten, wenn sich ihr Zustand stabilisiert hat.

Shark X - ein Experiment

Die Grünen haben diesem Konzept ebenfalls zugestimmt. Es wäre realitätsfremd gewesen, eine geschlossene Einrichtung in München abzulehnen. Sicherlich wird das Konzept sich erst beweisen müssen. Die Studie von Prof. Dr. Kurz-Adam hat festgestellt, daß nur ca. 40 % der stationären Maßnahmen in Heimen erfolgreich abgeschlossen werden. Shark X wird zeigen müssen, wie das Verhältnis Erfolg : Mißerfolg dort aussieht. Doch ganz entscheidend für die Grünen war die Tatsache, daß der Träger klar betont hat, daß sie keinerlei ordnungsrechtlichen und wegsperrenden Charakter haben wollen. Ziel ist die Hilfe für schwer erreichbare Jugendliche. Wir werden die Umsetzung dieser Maßnahme kritisch begleiten - aber hätten wir eine solche Einrichtung schon früher in München gehabt, hätte die Abschiebung "Mehmets" in die Türkei vielleicht verhindert werden können.

Siegfried Benker

KEIN PLATZ FÜR KINDER VON DER MISERE DER KRIPPENPLÄTZE

Krippenplätze sind knapp und teuer. Hauptgrund: Die Haltung der Staatsregierung, nach der Kinder unter drei Jahren zur Mutter gehören.

Dass diese frauenfeindliche Ansicht nicht mehr ganz zeitgemäß ist, scheint sich nun auch bis zu Stoiber herumgesprochen zu haben. Als ihm aber die finanzielle Dimension des Unternehmens "Krippenplätze" deutlich wurde, ruderte er samt seiner neuen Familienministerin Stewens erst mal ganz schnell zurück. Damit bleibt al-

les so wie es ist: Der Freistaat lässt die Kommunen und Eltern in Sachen Kinderkrippen weiterhin im Regen stehen. Bayern ist und bleibt bundesweit eines der Schlusslichter in Sachen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

Krippenplätze muss man mit der Lupe suchen

Auch die Münchnerinnen (die vor allem) und Münchner bekommen die Konsequenzen dieser Politik zu spüren. Trotz al-

ler Aktivitäten des Stadtrats und der Verwaltung mangelt es ganz erheblich an Krippenplätzen und Tagesmüttern. Zwar hat der Stadtrat schon längst beschlossen, für 20 Prozent der Kinder zwischen null und drei Jahren Krippenplätze zu schaffen, doch so löblich dies als Zwischentappe sein mag, hilft es den Eltern wenig, die ad hoc einen Platz brauchen. Denn trotz Zielvorgabe und emsiger Bautätigkeit muss man Krippenplätze immer noch mit der Lupe suchen. So vermelden die Münchner Statistiker 2.831 Plätze (Stand: 1.1.99). Zum selben Zeitpunkt gab es 26.047 Kindergartenplätze. Da wundert es nicht, dass z.B. die Krippe am Harras sich für diesen Herbst vorgenommen hat, endlich die Aufnahmeanträge von 1999 abzuarbeiten. Auch eine Anmeldung bereits während der Schwangerschaft nützt nichts, wenn frau schon wenige Wochen oder Monate nach der Geburt wieder ins Berufsleben zurück will. Sie kann, wenn sie nicht zu den sozialen Härtefällen zählt, ihr Kind nicht un-



Tassia Fouki

Reiseverkehrskauffrau
41 Jahre, 2 Kinder
Stadträtin seit 1996

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

terbringen. Es ist also blanke Theorie, dass Krippen Babys ab einem Alter von acht Wochen aufnehmen.

Drei Anrufe verzweifelter Eltern täglich...

Als Alternative bleibt dann oft nur eine Tagesmutter. Aber auch hier ist die Suche mühsam: "Drei Anrufe verzweifelter Eltern täglich sind keine Seltenheit", so eine Tagesmutter. Zudem ist diese Betreuung wesentlich teurer als in einer Krippe und eine Garantie, dass die Tagesmutter nicht plötzlich aufhört, gibt es auch nicht. Denn oft kehren die Tagesmütter selbst in das geregelte Berufsleben zurück. Die Gründe dafür sind verständlich: Einerseits begrenzen viele Tagesmütter den Job von Anfang an auf die Zeit, in der ihre eigenen Kinder klein sind. Andererseits sind diese typischen Frauenarbeitsplätze miserabel ausgestattet: Tagesmütter sind nicht sozialversichert und die Stadt München zahlt nur unter bestimmten Voraussetzungen einen geringen Betrag für eine Altersversorgung. Da der Arbeitsplatz zu Hause ist, fehlen den Tagesmüttern soziale Kontakte zu Kolleginnen. Auch hier besteht also dringender Handlungsbedarf. Beispielsweise ist eine Festanstellung von Tagesmüttern bei der Stadt oder einem anderen Träger ebenso denkbar wie unbürokratische Hilfe zum Einrichten von Tagesmutter-Wohnungen. Zumindest für die Zeiten,

in denen Krippenplätze fast eine Rarität sind, sollten auch solche Projekte gefördert werden.

Last but not least gibt es dann noch die Elterninitiativen. Einige wenige nehmen Kleinkinder auf - jedoch so gut wie immer erst ab einem Alter von einem Jahr. Auch hier mangelt es an allen Ecken und Enden.

Eigeninitiative - ein finanzielles Wagnis

Was bleibt, ist die Gründung einer eigenen Initiative. Wen Behördengänge, Raumsuche, Formulare und die unzähligen Treffen noch nicht abgeschreckt haben, der scheidet dann oft an den Finanzen: Eltern müssen vorfinanzieren und dies reichlich. Die Kosten für die Ersteinrichtung überschreiten schnell die 10.000 Mark-Grenze. Die Miete muss bezahlt und die Gehälter für die ErzieherInnen überwiesen werden. Diese Anschubfinanzierung gelingt meist nur über einen Kredit - ein Wagnis, das

Helmut Jahraus

53 Jahre, 2 Kinder
Dipl.-Soziologe und Dipl.-Ingenieur
Vorsitzender des BA 11 (Milbertshofen)

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

nicht alle eingehen. Denn mit vier bis sechs Monaten muss gerechnet werden, bis der sozialreferatliche Geldsegen ins Haus flattert. Und ob er tatsächlich kommt, ist momentan mehr als fraglich. Gerüchten zufolge klafft bei den städtischen Finanzen der Elterninitiativen eine Lücke von einer Million Mark. Sozialreferent Graffe hat angeblich schon abgewunken - das Sozialreferat hat keine einzige Mark übrig. Der Stadtrat ist jetzt gefordert - und dies auch im eigenen Interesse: Ein Platz in einer Elterninitiative ist für das Stadtsäckel wesentlich günstiger als einer in einer städtischen Krippe.

Fazit: Solange der Freistaat nur Lippenbekenntnisse in Sachen Kinderfreundlichkeit abgibt, aber finanzielle Konsequenzen ausschließt, wird ein tatsächlicher Wandel bei der Betreuung von Kleinkindern auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Denn die Kommunen allein können dies nicht leisten.

Renate Binder



Dieter Janecek

Bei den Jungwählern haben die Grünen zuletzt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erneut kräftig an Stimmen eingebüßt. Die Grüne Jugend wird in München diesen Trend brechen. Organisatorisch, inhaltlich und personell zeigt die Kurve für uns steil nach oben.

MEHR GRÜNE JUGEND!

Keine Patentrezepte für die Jugend

Gleich zu Anfang: Es gibt kein Patentrezept, um Jugendliche für unsere Partei zu gewinnen. Zur dieser Einsicht gehört auch: Eine Polarisierung und Emotionalisierung anhand von politischen (grünen) Themen wie in den 80er Jahren existiert 2001 nicht.

Den Anspruch, als junge Partei auch eine Jugendpartei zu sein, hat die Partei nicht aufgegeben. Zwischen Anspruch und Realität klafft jedoch eine große Lücke.

Was sind die Probleme? Manch einer der 1968 jung war, ist der Meinung, auch heute noch die Sprache der Jugend zu sprechen. Die Kräfte der Beharrung sind immer noch sehr stark, wenn Strukturfragen als essentiell hochstilisiert werden oder die Attitüde mit dem Zeigefinger nicht abge-

legt wird. Weit verbreitet scheint auch noch die Meinung zu sein, Politik dürfe keinen Spaß machen - oder andersherum: nächtelange OV-Sitzungen hätten etwas ausgesprochen Erotisches.

Der Konsens ist: Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie glaubwürdig, kompetent und leidenschaftlich gemacht wird. Um die Arbeit bei uns auch für Interessierte attraktiv zu machen, sollten wir aber folgendes vermeiden:

- * festgefahrene Cliquesbildung, miefiges Milieu
- * Struktur- und Detailfetischismus (das ewige Ausdiskutieren von Halbsätzen)
- * "94,3% der Bürger in Bayern haben die Grünen nicht gewählt, weil die Aufklärung an ihnen vorübergegangen ist"

Kombination von Diskussion und Party

Die Grüne Jugend hat im Frühjahr Konzepte für Mitgliederwerbung und den Kommunalwahlkampf beschlossen. Wir werden uns über das Stadtforum, die Programmdiskussion sowie insbesondere eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in die Partei einbringen. Uns liegen Themen wie Ökologie, Minderheiten, Frauen usw. genauso am Herzen wie Euch, denn sie sind

nach wie vor moderne Themen. Wir werden uns aber bemühen, auch Themen in den Vordergrund zu stellen, die darüber hinausgehen. So wird es im Sommer Veranstaltungen und Seminare zu den Themen Sozialpolitik, Neue Medien und Jugendkultur geben. Für den Kommunalwahlkampf werden wir eine eigenes Kurzprogramm verfassen und anhand von Jugend-Schwerpunkthemen den Wahlkampf der Grünen mit eigenem Profil unterstützen. Auf unserem Kommunal-

Workshop Anfang Mai werden wir entscheiden, mit welchen Aktionen (Kombination von Diskussion und Party z.B.) wir am leichtesten auf Jugendliche zugehen können. Denn wir wollen vor allem auch eines: Mehr werden!

Die ersten Monate dieses Jahres machen uns zuversichtlich. Zu unseren Sitzungen kommen so viele Leute wie nie zuvor. Wir möchten alle Interessierten U30 auffordern, einfach mal bei uns vorbei zu schauen. Jeweils einmal im Monat haben wir Mitgliederversammlung sowie einen unverbindlichen Stammtischtreff. Also, meldet und beteiligt Euch. Wir freuen uns über jeden, der zu uns kommt und sind offen für neue Ideen.



Jutta Koller

45 Jahre, verheiratet, 4 Kinder
Technische Zeichnerin, Abitur an der BOS
Fraktionsvorsitzende
Stadträtin seit 1996

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

Dieter Janecek
Sprecher GJM
dieter.janecek@gmx.de
089-21708898

GRÜNE OFFENSIVE FÜR DEN RADVERKEHR

Dank der nachhaltigen Bemühungen der Grünen Stadtratsfraktion wurde in den letzten Jahren viel Geld in den Ausbau der Münchner Radwege gesteckt, allein im letzten Jahr 4,5 Mio DM. Mittlerweile sind es 700 Kilometer.

Gleichwohl ist der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr („modal split“) nur unwesentlich, nämlich um 1 % gewachsen und liegt jetzt bei ca. 13 %. Mit einem Bündel von Anträgen will die Grüne Fraktion den Radverkehr in München jetzt noch attraktiver machen.

Öffnung von Einbahnstraßen

Eine alte Forderung der Grünen, die Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer, ist zum 1. Februar 2001 in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen worden. Leider haben die Städte und Gemeinden aber nicht die Autorität, diese neuen Bestimmungen selbständig in die Praxis umzusetzen. Wie so häufig haben die Landesbehörden hier noch einiges mitzureden - und wie so häufig in Bayern nutzen sie diesen Spielraum, um die für die Kommunen geltenden Vollzugsvorschriften stark einzuengen.

Das ist bedauerlich, denn die Öffnung von Einbahnstraßen würde die Attraktivität des Radnetzes beträchtlich erhöhen und dem Radler mancher Umweg ersparen. Es wäre beispielsweise durchaus praktikabel, Einbahnstraßen in Tempo-30-Zonen oder Einbahnstraßen mit geringer Verkehrsbelastung grundsätzlich für den Radverkehr zu öffnen. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass sich die Regelung bislang bewährt hat: Die Zahl der Radunfälle ist durch die Öffnung von Einbahnstraßen nicht signifikant gestiegen. Die sehr konservative Auslegung der StVO von seiten des Freistaates hat in München bislang die Öffnung von mehr Einbahnstraßen in gegenläufiger Richtung für den Radverkehr verhindert. Die Grünen haben daher beantragt, dass der Oberbürgermeister mit der Regierung von Oberbayern Verhandlungen aufnimmt und seinen politischen Einfluß geltend macht, damit die StVO-Novelle weniger restriktiv gehandhabt wird.

Bekämpfung typischer Unfallursachen

Wie dem Verkehrsbericht 1999 des Polizeipräsidiums München zu entnehmen ist, wird die Situation für Radfahrer im städti-

schen Raum immer gefährlicher. 1999 wurden in München 10 Radler getötet und 2.165 Radler verletzt, das entspricht bei den tödlich verlaufenen Radunfällen einer Steigerung um 150% und bei der Anzahl der Verletzten einer Steigerung um 7% im Vergleich zum Jahr 1998.

Eine der Hauptunfallursachen bei schweren Radunfällen liegt darin, dass rechtsabbiegende Lkw beim Abbiegen Radler übersehen. Diese Gefahrenquelle kann man entschärfen, indem Radwege oder Angebotsstreifen für Radfahrer vor der Kreuzung auf die Straße geführt werden, oder indem man den Radweg durch Markierung auf der Straße sichtbar macht.

Die Grünen haben nun beantragt, in Zusammenarbeit mit dem ADFC typische Unfallursachen und Gefahrenquellen für Radfahrer im öffentlichen Straßenraum zu identifizieren und an besonders konfliktreichen Stellen durch geeignete Maßnahmen zu beheben. Zudem sollen in einer jährlichen Dokumentation typische Unfallverläufe dargestellt werden, um typische Gefahrenquellen für Radfahrer im Straßenverkehr zu identifizieren und zu beheben. Radfahrer und motorisierte Verkehrsteilnehmer sollten über typische Un-

fallursachen im Rahmen einer Informationskampagne aufgeklärt werden.

Radwegebenutzungspflicht

Ein anderes Erschwernis für den Radverkehr ist die Benutzungspflicht bei Radwegen, die generell angeordnet wird, wenn der Kfz-Verkehr auf einer Strecke eine bestimmte Grenze überschreitet. Die Benutzungspflicht wird auch dann angeordnet, wenn der bauliche Zustand der Radwege ganz offensichtlich nicht den Mindestanforderungen der StVO und der VwV-StVO entspricht.

Die Grünen beantragen daher, alle benutzungspflichtigen Radwege daraufhin zu überprüfen ob die Benutzungspflicht aufgehoben werden kann und ob der bauliche Zustand der Radwege den Anforderungen der StVO genügt.

Diese überfällige Überprüfung kann zum Anlass genommen werden, die Benutzungspflichtigkeit dieser Radwege erneut zu überdenken. Wo möglich, sollte die Benutzungspflicht aufgehoben oder der Radweg durch einen Angebotsstreifen auf der Fahrbahn ersetzt werden.

Um die Sanierungsbedürftigkeit der Radwege einschätzen zu können, ist anhand

eines ausdifferenzierten Kriterienkatalogs eine - vom Zustand der Straßenfahrbahn unabhängige - Prioritätenreihung vorzunehmen. Zur Sanierung wollen die Grünen einen Haushaltstitel "Sanierung benutzungspflichtiger Radwege" in Höhe von 500.000 DM einrichten, die, anders als die bereits existierende Radwegepauschale nicht für den Neubau von Radwegen, sondern für Verbesserungen an bestehenden Radwegen gedacht. Dazu gehörten dann auch Verbreiterungen, Verschwenkungen etc.

Fahrradmitnahme im MVV

Während in zahlreichen Landkreisen Bayerns Fahrräder in Nahverkehrszügen ko-

stenlos mitgenommen werden können (auch im Augsburger Verkehrsverbund ist z.B. möglich), zahlt man im MVV für ein Fahrrad soviel wie für eine erwachsene Person. Die Grünen wollen nun eine Vereinbarung des MVV mit den relevanten Verkehrsträgern (DB, Stadtwerke) erreichen, damit durch Zahlung einer pauschalen Summe Fahrräder auch in München kostenlos mitgenommen werden können. Gerade für Familien bietet die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern einen zusätzlichen Anreiz, beim Wochenendausflug das Auto stehen zu lassen und die nähere Umgebung von München mit dem Fahrrad zu erkunden.

Judith Schmalzl



Sabine Krieger

43 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
PR-Referentin, Stellvertretende Vorsitzende
des BA 3, (Maxvorstadt)
Mitglied im Stadtvorstand

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

DIE STÄDTISCHEN GÜTER - PRAKTIZIERTER VERBRAUCHERSCHUTZ



Bayerns größte Bäuerin:
Kommunalreferentin Gabriele Friderich

Berlin kann durchaus von München lernen, wenn es darum geht, die angekündigte Wende für eine verbraucherorientierte Neuausrichtung der Agrarpolitik erfolgreich umzusetzen.

Bereits vor mehr als 10 Jahren begann die Stadt mit der schrittweisen Umstellung ihrer städtischen Güter auf den ökologischen Landbau, so dass heute sechs von 11 städtischen Gütern umgestellt sind. Eine weitere schrittweise Umstellung wird nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen und auch für die Produkte der konventionell betriebenen Güter gibt es besondere Qualitätskriterien.

In den letzten 10 Jahren hat vor allem die Extensivierung der Bewirtschaftung, die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und eine bewusste Erhaltung und Schaffung von Lebensräumen für die Pflanzen- und Tierwelt an Bedeutung gewonnen. Die Konsequenz dieser Entwicklung war die sukzessive Umstellung von 900 Hektar bewirtschafteter Fläche auf ökologischen Landbau. Gerade in einer Zeit, die als schicksalhaft für die Landwirtschaft angesehen wird, erweist sich diese Wei-

chenstellung als richtig und zukunftsweisend für unsere Gutsbetriebe.

Was bedeutet ökologischer Landbau?

Der ökologische Landbau ist die konsequenteste Form einer nachhaltigen und naturnahen Landwirtschaft. Durch die extensive Wirtschaftsweise erzeugen unsere Güter hochwertige und gesunde Lebensmittel. Selbstverständlich verzichten wir auf gentechnisch verändertes Saatgut und Futtermittel. Die städtischen Güter erzeugen jedes Jahr ca. 6000 dz Mählgetreide (entsprechen ungefähr 500.000 kg Brot) und 1000 dz Speisekartoffeln, die vom Großhandel abgenommen werden und über den Einzelhandel beim Verbraucher landen.

Der ökologische Landbau verzichtet auf den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Dünge-



Hep Monatzeder

49 Jahre, verheiratet, zwei Kinder
Dipl.-Sozialpädagoge (FH) und Politologe
Dritter Bürgermeister der Stadt München
von 1990 bis 1996 Stadtrat

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

mitteln, daher müssen funktionierende Ökobetriebe eine vielseitige Betriebsstruktur aufweisen. Hierzu einige Beispiele:

Fruchtfolge

Unsere Ökobetriebe wirtschaften mit einer 5-gliedrigen Fruchtfolge, d. h. es wird frühestens nach 6 Jahren wieder die gleiche Frucht auf einem Feld angebaut. Damit werden Unkräuter, Schädlinge und Krankheiten zurückgedrängt und unser Landschaftsbild wird vielseitiger.

Erhaltung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen

Auf allen städtischen Gütern wurden durch Anlage von Hecken, Feuchtflecken, Streuobstwiesen usw. Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen. Diese Lebensräume bieten vor allem auch Nützlingen Überlebensmöglichkeiten. Eindrucksvoll dokumentiert eine wissenschaftliche Untersuchung die Entwicklung der Artenvielfalt am Gut Obergrashof. Eine deutliche Zunahme der Arten bis hin zur Rückkehr von Rote-Listen-Arten waren die Folge. So wurde eine Feuchtflecke mit Kiesinseln angelegt, die noch im gleichen Jahr vom Flussregenpfeifer, dem Vogel des Jahres 1996, besiedelt wurde.

Ressourcenschonung

Ein zentraler Punkt der ökologischen Bewirtschaftung ist die Kreislaufwirtschaft. Den Böden dürfen nur so viele Nährstoffe zugeführt werden, wie durch die Ernte entzogen wurde. Durch strikte Begrenzung des Zukaufs von Düngemitteln wird die Belastung von Boden, Wasser und Luft minimiert. Unsere Be-

triebe verwenden zum Nährstoffausgleich Kompost, den sie aus dem Grünschnitt von städtischen Grünanlagen erzeugen.

Ochsenfleisch vom Gut Karlshof - ein Qualitätsbegriff

Seit mehr als 15 Jahren wird auf dem städtischen Gut Karlshof extensive Ochsenmast betrieben. Auf dem konventionell wirtschaftenden Betrieb werden die Leitgedanken einer verbraucherorientierten Landwirtschaft, nämlich Wirtschaften in ökologischen Kreisläufen und tierartgerechte Haltung und Fütterung der Nutztiere, bestmöglich umgesetzt. Die Tiere werden flächenbezogen gehalten (1,3 Großvieheinheiten je Hektar, zulässig 2,0 Großvieheinheiten). Die bei der Alkoholproduktion anfallende Schlempe wird an die Ochsen verfüttert. Diese produzieren Gülle und Mist, mit denen dann in der Biogasanlage Strom erzeugt wird. Das Endprodukt aus der Biogasanlage dient als Dünger auf den Feldern, auf denen wieder Viehfutter wächst.

Im Jahr 2000 wurde begonnen, den Ochsen eine Auslaufmöglichkeit zu schaffen. In zwei weiteren Umbauphasen sollen alle Ochsen die Möglichkeit eines Auslaufs bekommen.

Darüber hinaus können interessierte Verbraucher und interessierte Gruppen jederzeit unsere Gutsbetriebe besichtigen.

Öko-Landbau im Mangfalltal

Im Rahmen ihres vor 10 Jahren gestarteten Pilotprojekts fördern die Stadt bzw. die Stadtwerke München GmbH in ihrem wichtigsten Trinkwassergewinnungsgebiet Mangfalltal die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologischen

Landbau. Heute bewirtschaften bereits über 100 Biobetriebe im 2500 ha großen Umstellungsgebiet 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Ökorichtlinien, verzichten auf die Verwendung mineralischer Düngemittel und chemischer Pflanzenschutzmittel und haben den Viehbesatz auf ein Maß reduziert, das einen geschlossenen Nährstoffkreislauf im Betrieb und den Eintrag von Schadstoffen ins Grundwasser verhindert.

Zusätzlich zur langfristige angelegten, direkten finanziellen Förderung wird die Vermarktung der ökologisch erzeugten landwirtschaftlichen Produkte insbesondere im Großraum München unterstützt. So werden heute biologische Milch- und Fleischprodukte aus dem Mangfalltal auf dem Viktualienmarkt, auf Wochenmärkten und in Fachgeschäften sowie in Kindertagesstätten und -krippen und Kantinen angeboten.

Mangelware: Nitrat im Wasser

Durch diese erfolgreiche Initiative des Wasserschutzes konnte der sich in den 80er Jahren abzeichnende Trend zunehmender Schadstoffbelastung des Münchner Trinkwassers gebrochen und die Nitratbelastung (derzeit bei 13 - 14 Milligramm pro Liter) weit unterhalb des EU-Grenzwertes (50 Milligramm pro Liter) gehalten werden. Pestizide sind jetzt überhaupt nicht mehr nachweisbar.

Zielperspektive "Stadtökologie"

Der Verbraucher sieht heute die Nahrungsmittelerzeugung in der Landwirtschaft und deren Wirkung auf die Pflanzen- und Tierwelt sehr kritisch. Die Stadt München hat die Bedeutung der Landwirtschaft begriffen und versteht die städtische Agrarpolitik als Teil der umfassenden Zielperspektive "Stadtökologie".

Unsere Landwirtschaft produziert gesunde Lebensmittel und erhält unsere natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Luft, denn die landwirtschaftliche Produktion und die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft sind seit jeher eng miteinander verbunden

Man findet die Landwirtschaftlichen Betriebe übrigens auch im Internet unter:

www.lfa.muenchen.de oder www.muenchen.de

Gabriele Friderich

AKTION NOTEINGANG



Gülseren Demirel vom AK Migration mit Schlachthof-Wirt Manfred Krause

In Berlin und Brandenburg gib es sie schon länger. Der schockierende Vorfall Mitte Januar in der Zenettstraße, bei dem Neonazis einen Griechen fast Tod geprügelt hätten, zeigt dass auch in München Bedarf besteht für gut sichtbare, leuchtend orangefarbene Schilder mit der Aufschrift "Noteingang", die Opfern rassistischer Übergriffe Zuflucht anbieten.

München ist keine neonazifreie Stadt. Die Zahl der Skinheads im Großraum München nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Derzeit dürfte die Zahl für den Großraum München bei 450 - 500 liegen. Die Neonazi- und Skinheadszone in München ist nicht nur sporadisch tätig, sondern sie ist vernetzt und organisiert. Nicht zuletzt die Anwesenheit bundes-

weit angereicherter Skinheads beim Überfall auf den Griechen Artemios hat dies bewiesen.

Seitdem hat sich das subjektive Sicherheitsgefühl vieler AusländerInnen in München verschlechtert - es ist nicht mehr selbstverständlich: daß sie sich zu jeder Tages- und Nachtzeit überall in München ungefährdet bewegen können. Die Aktion Noteingang will hier ansetzen: auch AusländerInnen sollen sich in München sicher fühlen.

Dabei ist die Mitarbeit von Kneipen, Restaurants, Gewerbetreibenden, Behörden, öffentliche Gebäuden und auch Taxen gefragt. Wir wollen erreichen, daß dieses Signal "Noteingang" neben allen nur denkbaren Eingängen in München hängt:

neben Buseinstiegen und Straßenbahntüren, neben Kneipentüren und Gourmettempelpforten, neben alternativen Landentüren und an Kirchenportalen. Es soll das offizielle Signal dieser Stadtgesellschaft werden: München schaut nicht weg. Als erstes hat sich das Wirtshaus im Schlachthof dieser Aktion angeschlossen. Die Grüne Stadtratsfraktion hat beantragt, dass auch die Stadt München sich mit ihren öffentlichen Einrichtungen der Aktion anschließt und für eine möglichst große Teilnahme möglichst vieler Institutionen wirbt. Bis der Stadtrat eine Entscheidung trifft, haben Bündnis 90/Die Grünen mit eigenen Mitteln für eine breite Teilnahme an der "Aktion Noteingang" geworben. Das Interesse übertrifft unsere Erwartungen, wir mussten schon Schilder nachbestellen. Unter anderem haben die BDKJ, das Kolping-Wohnheim, das "Zoozies" am Baldeplatz, das Paulanerbräuhaus am Kapuzinerplatz, das Tollwood-Festival und die Uni-Buchhandlung in der Schellingstraße Schilder bestellt (das ist wirklich nur eine kleine Auswahl).

Wer Interesse an Informationen oder an einem der Schilder hat, wende sich bitte an

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- rosa Liste

Sedef Özakin

Tel. (089) 233 92 624

Fax (089) 290 41 05

Mail: sedef.oezakin@muenchen.de

DAS MÜNCHNER BÜNDNIS FÜR ÖKOLOGIE NÄGEL MIT KÖPFEN!

Ende letzten Jahres wurde es unter der Leitung von Bürgermeister Monatzeder ins Leben gerufen. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zur Auftaktveranstaltung. In den vergangenen Monaten hat das Münchner "Bündnis für Ökologie" nun konkrete Gestalt angenommen. Die ersten Projekte kristallisieren sich heraus.

Ein buntes Spektrum von gesellschaftlichen Gruppen ist in diesem Bündnis aktiv. Von Umweltverbänden wie Green City, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub, Bund Naturschutz, "Act Energy", Deutsche Ge-

sellschaft für Sonnenenergie, über gesellschaftlich relevante Gruppen wie Katholische und Evangelische Kirche München, von Forschungszentren und Universitätsinstituten bis zu Münchner Groß- und Kleinunternehmen - so z.B. Versicherun-

gen, Finanzdienstleister, Deutsche Telekom, Siemens-Solar, MAN und Heizungs- und Elektroinnung usw. Sie alle eint das erklärte Ziel dieses Bündnisses, "einer ökologischen Stadtentwicklung in München neuen Schub zu verleihen."



Dr. Florian Roth,

34 Jahre, Philosoph und Politikwissenschaftler, Leiter der Schulberatung für Migrantinnen der Stadt München
Stadtvorsitzender der Münchner Grünen
Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

Und wie soll dies geschehen? Durch konkrete Projekte in den drei Handlungsfeldern Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und "Natur in der Stadt". Im Bereich Klimaschutz hat sich das Bündnis z.B. vorgenommen, den Anteil der regenerativen Energien aus Sonne, Wasserkraft und Biomasse in München zu verdoppeln. Viele Projektgruppen arbeiten zur Zeit mit großem Engagement an der Konkretisierung innovativer Ideen für die Entlastung der Münchner Umwelt.

Mehr Fahrräder, weniger Autos!

Einige Projekte, die sich nun abzeichnen und über die Ideen-Phase schon hinaus sind, wollen wir im Folgenden kurz erläutern. Unter dem Motto "Mehr Service für Radfahrer in der Innenstadt" wird an einem "Parkleitsystem" für Radfahrer gearbeitet. In Kooperation mit Firmen soll in der Innenstadt zusätzlicher Parkplatz für Radler geschaffen-, mit Infoblättern und Schildern auf die neue Möglichkeit hingewiesen werden. Den motorisierten Individualverkehr zu verringern ist Ziel einer offensiven "Car-Sharing Kampagne für München". Durch eine gezielte Kundenanalyse sollen mehr Privatpersonen, Firmen und Institutionen fürs Autoteilen gewonnen werden. Gleichzeitig wollen die in dieser Projektgruppe federführenden Organisationen Green City und Stattauto den Service beim Car-Sharing verbessern.

Eine weitere Projektgruppe des Bündnisses entwickelt eine Marketingkonzept für nachhaltige Mobilitätsberatung. Darin enthalten ist vor allem ein kundenorientiertes Beratungsangebot für Unternehmen und private Haushalte. Beteiligt sind hier das Geographische Institut der Universität, die Stadtwerke Verkehrsbetriebe, der MVV-Fahrgastbeirat sowie ein Ingenieurbüro. Unter dem Motto "Offensiv für den ÖPNV" wird zusätzlich an Verbesse-

rungsmöglichkeiten für den Tram- und Busverkehr in München gearbeitet.

Sonne und Wasser stärker nutzen

Das Projekt "10.000 Solaranlagen für München" hat sich die Errichtung von großen Photovoltaikanlagen und solarthermischen Anlagen auf Münchens Dächern auf die Fahnen geschrieben (Projektkoordination: Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie). Aber nicht nur die Sonne liefert saubere Energie: "Mehr Wasserkraft für München" ist der Leitsatz eines weiteren Projektes. Durch Installation von neuen dezentralen Wasserkraftwerken sollen die Wasserkraftpotentiale Münchens ausgebaut werden. Ein Anfang wird mit einem Wasserkraftwerk an der Muffathalle gemacht. Federführend sind hier die BVT-Unternehmensgruppe, die TU München, engagierte Bauingenieure und die Münchner Energieagentur. Eine weitere Projektgruppe mit Vertretern aus der Wirtschaft will den mobilen und stationären Einsatz von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft fördern. Die Bayerngas GmbH, die Deutsche Telekom, die BayWa und "Act Energy" wollen den Einsatz von alternativen Treibstoffen, insbesondere Erd- und Biogas voranbringen.

München muß grüner werden!

Unter dem Motto "Der Grünzug kommt in Fahrt" sollen die 14 Münchner Grünzüge zügig ausgebaut und miteinander vernetzt werden. Daran arbeitet der Bund Naturschutz gemeinsam mit der Abteilung Gartenbau des städtischen Baureferates. Die auszubauende Fläche beträgt 540 Hektar. Um für diese große Maßnahme den "Boden zu bereiten", sind jetzt Info-Veranstaltungen und Exkursionen geplant, mit de-

nen die positiven Auswirkungen auf die betroffenen Stadtteile (Naherholung) verdeutlicht werden. Lebendige Bäche für München": die Renaturierung von Bächen und Fließgewässern, mit Schwerpunkt auf die Feuchtgebiete des Münchner Westen, hat sich eine Projektgruppe zum Ziel gesetzt, an der Fischerverbände, der "Bund der Ökologen" und die Agenda 21-Stadtteilgruppe "Würm" beteiligt sind. Natürlich sollen auch die Möglichkeiten des Internets genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger Münchens für die Belange der Umwelt und die Ziele des Bündnisses für Ökologie zu motivieren. Unter dem Motto "Lebensqualität mit Zukunft" wird ein "Lifeguide München" erstellt": ein Internetangebot für einen attraktiven ökologischen Lebensstil in München, mit zahlreichen Informationen, konkreten Tips und Kontakten. Federführend ist hier die "Bürgerstiftung zukunftsfähiges München."

Bündnis könnte Schule machen

Dies war nur ein Ausschnitt aus einem umfangreichen Programm von Projekten, an denen seit Anfang des Jahres unter dem Dach des Bündnisses mit überaus großem Engagement gearbeitet wird. Bis spätestens Ende des Jahres sollen alle Projekte so weit konkretisiert sein, daß sie dem Münchner Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Im Haushalt der Stadt werden Mittel für das Bündnis für Ökologie eingestellt. In Sachen Ökologie tut sich also in München zur Zeit eine ganze Menge. Wenn erst mal Nägel mit Köpfen gemacht sind, könnte das Münchner Bündnis für Ökologie auch Vorbildcharakter für andere Städte und Gemeinden haben. Denn Bündnisse gibt es allenthalben - nur leider eben kaum für die Umwelt!

Das nächste Plenum des Bündnisses findet am Mittwoch, 30. Mai, von 15-18 Uhr im Alten Rathaus in München statt. Informationen gibt's im Büro des 3. Bürgermeisters, Tel. 233-92483. Das Bündnis für Ökologie ist inzwischen auch im Internet unter der webside: www.muenchen.de/buendnis-fuer-oekologie vertreten. Reinsehen lohnt!



Judith Schmalzl

Historikerin
42 Jahre, verheiratet, 5 Kinder
Stadträtin seit 1990

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

"Ja."

*Dr. Sylvia Franzl /Stefan Scholer
Büro Bürgermeister Hep Monatzeder*

GRENZENLOSES WACHSTUM

WIE DIE STADT DEN TREIBHAUSEFFEKT SUBVENTIONIERT



1000 mal am Tag, und es wird mehr und mehr ...

Neben ihrem 25%-Anteil am Kernkraftwerk Ohu II besitzt die Stadt München noch einen weiteren ökologisch höchst zweifelhaften Anteil an einem Unternehmen: 23% an der Flughafen München GmbH.

Warum eigentlich besitzt eine Kommune Anteile an einem Flughafen (der Freistaat hält 51 % und der Bund 26 % der Flughafenanteile)? Schließlich wird man in unserem glorreichen Globalisierungszeitalter permanent über die segensreichen Wirkungen des freien Wettbewerbes belehrt. Der Staat zieht sich aus zahlreichen Aufgaben zurück und überläßt sie dem "freien Spiel des Marktes" - mittlerweile überlegt man schon ernsthaft, die Wasserversorgung zu privatisieren. Was also soll eine Stadt mit einem Viertel von einem Flughafen?

Große Infrastrukturmaßnahmen erfordern große Investitionen - und da ist immer noch die öffentliche Hand gefragt mit ihren Steuergeldern. Das gilt vor allem dann, wenn die Investitionen sich nur sehr langfristig amortisieren. Auch den Bau des zweiten Terminals (Gesamtkosten etwa 2,2 Mrd. DM, Fertigstellung 2003) für den Münchner Flughafen übernehmen zu 60 % die öffentlichen Träger der Flughafen GmbH. Allerdings beteiligt sich hier die Lufthansa AG, die das Terminal exklusiv für sich und ihre Partner nutzen wird, zu 40 % an der Finanzierung und an den Betriebskosten.

Dass eine Stadt einen Flughafen betreibt ist im Hinblick auf die (im Vergleich zu Bund und Land) eher bescheidene Finanzkraft einer Kommune in Deutschland eine schwer begründbare Ausnahmeerscheinung. Während die Stadt dieses Jahr vermutlich nicht ohne Nettoneuverschuldung

über die Runden kommen wird und recht wohlhabende große Steuerzahler z.B. aus der Automobil- und der Versicherungsbranche keine Gewerbesteuer zahlen werden, verkündet die Lufthansa mit stolz geschwellter Brust einen Gewinn vor Steuern von knapp zwei Milliarden DM für 1999 und "damit zum dritten Mal in Folge ein Spitzenergebnis unter den europäischen Luftverkehrsgesellschaften."

Der Luftverkehr boomt, denn immer mehr Menschen wollen immer öfter an immer weiter entfernte Ziele verreisen. Unter allen Verkehrsträgern erzielt der Luftverkehr die höchsten Zuwachsraten. Die Anzahl der Flugbewegungen in Deutschland stieg von 1,26 Mio. im Jahre 1990 auf 1,84 Mio. 1999 an.

Die Zuwachsraten des Münchner Flughafens sind beispielhaft für diese Entwicklung. 1993, im ersten Jahr nach dem Umzug ins Erdinger Moos, zählte man 12,7 Mio Fluggäste, 2000 waren es mit über 23 Mio schon fast doppelt so viele. Über 300.000 Starts und Landungen verzeichnete der Flughafen im Jahr 2000, an Spitzentagen sind es jetzt über 1000 und ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht.

Der Flughafen als Jobmaschine

Der Flughafen ist eine "Jobmaschine", er hat seinen Anteil an der äußerst niedrigen Arbeitslosigkeit im Großraum München. 17.260 Menschen sind direkt am Flughafen beschäftigt, darüber hinaus wird in beträchtlichem Umfang investiert. Allein Unternehmen der Stadt München erhielten 1999 Aufträge in Höhe von 119 Mio DM, die umliegenden Landkreise profitieren natürlich auch. Auch viele mittelständische Unternehmen kamen in den Genuss

von Aufträgen der Flughafen GmbH. Handelt es sich also um ein geglücktes Beispiel staatlicher bzw. städtischer Investitionen?

Grüne Politik kann diese Frage natürlich nicht beantworten, ohne die überaus schädlichen Umwelteinflüsse des Luftverkehrs in Rechnung zu stellen. Dabei geht es zum einen um den Lärm und zum zweiten um die Abgase, die die Flugzeuge verursachen.

5 Stunden Nachtruhe - vielleicht

Die neue Nachtflugregelung schränkt die in der Praxis ja auch zuvor häufig verletzte Nachtruhe - auf 5 Stunden ein (auch da gibt es noch gewisse Ausnahmen wie Luftpostflüge etc.) Anliegergemeinden und Bürgerinitiativen haben bereits angekündigt, gegen diese Nachtflugregelung vor Gericht zu ziehen - die Stadt München ist allerdings nicht dabei, obwohl auch Münchner Bürger sich von den bis zu 120 Überflügen täglich gestört fühlen.

Als Betreiberin und Besitzerin des Flughafens legt die Stadt nach Auskunft von Wirtschaftsreferent Wieczorek mehr Wert auf die Stärkung der "Konkurrenzfähigkeit des Münchner Flughafens als Luftverkehrsdrehscheibe im internationalen Wettbewerb" als auf "die Unterstützung aus subjektiver Sicht berechtigter Einwendungen" durch die vom Fluglärm geplagten Anwohner.

Der städtische Anteil am Gesellschafterkapital beträgt 138 Mio DM und das städtische Gesellschafterdarlehen in Höhe von 575 Mio DM wird seit acht Jahren nicht verzinst. Die jährlichen Zinsverluste in Höhe von ca. 40 Mio DM sind, so das Referat für Arbeit und Wirtschaft, "als jährlicher Beitrag der Münchner Steuerzahler



Bernd Schreyer

49 Jahre, verheiratet, drei Kinder.

Diplom-Sozialpädagoge (FH), zur Zeit Sozialplaner bei der Stadt Stadtrat bis 1990, Stadtvorsitzender 1994-1996, Landesvorsitzender 1996-1998, seit Februar Mitglied im Stadtvorstand.

Strebst Du einen aussichtreichen Listenplatz an?

"Nein."



Was konkret tun die Grünen dagegen, dass immer weniger Kinder in München leben? Sie vermehren sich. Frossini Fouki ist seit dem 12. März das vorerst jüngste Resultat dieser Strategie. Zu deren erfolgreicher Umsetzung wir Mama Tassia Fouki herzlich gratulieren!

zum weiteren Ausbau des Flughafens zu sehen, der in seiner Entwicklung nicht durch restriktive Nachtflugregelungen behindert werden sollte.“ Ein Antrag der Grünen, sich gegen die neue Nachtflugregelung auszusprechen, wurde folgerichtig mit den Stimmen der beiden großen Fraktionen abgelehnt.

Ineffizient und klimaschädlich

Die von den Flugzeugen emittierten Schadstoffe bewirken eine massive Verstärkung des Treibhauseffektes. Nicht nur die bei der Verbrennung des Flugtreibstoffes Kerosin entstehenden CO₂-Emissionen tragen zur Klimaerwärmung bei, sondern auch die Stickoxidemissionen und die Kondensstreifen. Die Klimawirksamkeit der Flugzeugemissionen ist zwei- bis viermal höher als die der CO₂-Emissionen alleine. Bei den Emissionen wird eine Verdopplung der Kohlendioxid- und Stickoxidemission in Deutschland im Zeitraum von 1995 bis 2020 prognostiziert.

Um die Umweltbelastungen durch den Flugverkehr zu reduzieren, da sind sich alle Fachleute einig, müssen Anreize geschaffen werden um Treibstoffverbrauch und Schadstoffausstoß zu senken, Das Umweltbundesamt schlägt einen Mix von Abgaben auf Emissionen und einer Kerosinsteuer als effizienteste Lösung vor, um wenigstens einen dramatischen Anstieg der Emissionen zu verhindern. Doch die Diskussion um eine Kerosinsteuer, die nur auf europäischer Ebene die gewünschte Lenkungswirkung entfalten kann, hängt seit Jahren in Brüssel fest.

Städtischer Zuschuss für Kerosin!

Keinen Sinn ergibt eine Kerosinsteuer allerdings, wenn die Flughafenbetreiber den Fluggesellschaften Subventionen auf ihren Sprit zahlen. Diese marktwirtschaftlich höchst zweifelhafte und im Hinblick auf die Veränderungen der Erdatmosphäre skandalöse Bezuschussung von Umwelt-

verschmutzung ist Teil der “Marketingstrategie” der Flughafen München GmbH - glückliche Mitbesitzerin unsere seit 11 Jahren rot-grün regierte Stadt, Mitglied im Klimabündnis mit den Völkern Amazoniens und Trägerin des Europäischen Preises “Zukunftsbeständigste Stadt.”

Seit sieben Jahren zahlt der Münchner Flughafen Subventionen auf Interkontinentalflüge auf der Berechnungsgrundlage von 50 bzw. 30 DM pro Tonne Kerosin. Grund dafür sind, so das Referat für Arbeit und Wirtschaft, “die komplizierten und teuren Versorgungswege, die zu einer Wettbewerbsbenachteiligung des Flughafens München führen.” Immer mehr Fluggesellschaften hätten zuvor ihren Langstreckenverkehr wegen der hohen Kosten eingestellt.

Wo ist die Grenze des Wachstums?

Für die Grüne Fraktion ist klar: Die Zahlung von “Benzingeld” an Fluggesellschaften muss aufhören, wenn die Stadt ihre Zielsetzungen beim Klimaschutz wirklich ernst nimmt und ihre Klimaschutzprogramme nicht nur ein Potemkinsches Dorf sein sollen. Die städtische Selbstverpflichtung, die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2005 um 30 % zu senken, wird ohnehin nicht zu erreichen sein - gerade im Verkehrsbereich nicht. Auch die bundespolitische Vorgabe von 25% ist realistischlicherweise nicht mehr zu erfüllen.

Die Einstellung der Kerosin-Subventionierung dürfte um so leichter fallen, als München mittlerweile der neuntgrößte Flughafen Europas ist und exorbitante Wachstumsprophetieungen Behauptungen über Wettbewerbsnachteile längst ad absurdum geführt haben. Das prognostizierte Wachstum von Passagierzahlen, Starts und Landungen führt ohnehin ganz zwangsläufig zu der Frage nach der Grenze des Wachstums für diesen Flughafen und der Grenze der Absorptionsfähigkeit dieser Region. Im Jahr 2010 werden jährlich rund 40 Millionen Fluggäste erwartet. Darüber hinaus sollten Pläne zum Verkauf der Flughafenanteile neu aufgegriffen werden. Es ist nicht Aufgabe einer Kommune, einen Flughafen zu betreiben. Andernfalls wird die Kollision zwischen kurzfristigen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen die Stadt daran hindern, ihrer umweltpolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Markus Viellvoye



Helmut Steyrer

Diplom-Architekt
53 Jahre, 2 Kinder
Stadtrat seit 1990

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

“Nein.”

AKTIONSWOCHE FÜR EIN FRIEDLICHES MITEINANDER AN ALLEN MÜNCHNER SCHULEN

Eine Aktionswoche für ein friedliches Miteinander an allen Münchner Schulen - das beantragt die Grüne Stadtratsfraktion um ein stadtweites, bildungspolitisches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu setzen.

“Die Jugendlichen in München,” so die Grüne Fraktionsvorsitzende Jutta Koller, “setzen sich zum allergrößten Teil für ein friedliches und tolerantes Miteinander ein. Viele Bildungs- und Jugendeinrichtungen führen Aktionstage oder Projektwochen durch unter dem Motto “Gegen Fremdenfeindlichkeit.” Doch leider dringt davon zu wenig an die Öffentlichkeit. Die einzelnen Schulen arbeiten für sich alleine - eine Vernetzung findet kaum statt.”

Jutta Koller schlägt daher vor, die Aktionen zeitlich zu bündeln und in ganz München an allen Schulen gleichzeitig eine Aktionswoche durchzuführen - ein Vorgehen, das sich im Landkreis Ebersberg bereits bewährt hat.

Jutta Koller: “Ob Diskussionsrunden mit Zeitzeugen des Naziregimes, Staffellauf zwischen allen Schulen eines Stadtbezirks, internationales Wettbacken, Theater- oder Musikauftritten - alle Ideen, die die Schülerinnen und Schüler mit der Hilfe der Lehrkräfte für ein friedliches Miteinander entwickeln, sollen in dieser Aktionswoche Platz finden. Natürlich muss die Teilnahme freiwillig sein und die Repräsentanten der Schüler müssen in die Planung mit einbezogen werden.”

Um der Aktionswoche einen ihr angemessenen Stellenwert zu geben, soll nach Vorstellung von Jutta Koller eine über alle Parteigrenzen hinweg angesehene/r MünchnerIn gebeten werden, die Schirmherrschaft zu übernehmen: “Die Fraktion der Grünen würde es begrüßen, wenn die Stadt an ihre Ehrenbürgerin Hildegard Hambrücher mit der Bitte herantreten würde, die Schirmherrschaft über die Aktionswoche zu übernehmen.”



Boris Schwartz

Dipl.-Ing., Schwerpunkt techn. Umweltschutz
39 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Stadtrat seit 1994

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

“Ja.”

GRÜNE STADTRÄTIN FORDERT LANGZEITSTUDIE ÜBER MOBILFUNK- ANLAGEN

“Immer mehr Menschen leiden ernsthaft unter den Sendemasten. Der Problemdruck ist beträchtlich und wächst rasch weiter.” Dieses Fazit zieht Grünen-Starätin Judith Schmalzl aus dem Ende März vom Referat für Umwelt und Gesundheit veranstalteten Mobilfunk-Hearing. Als Konsequenz aus den wachsenden Beschwerden vieler Münchner und der anhaltenden wissenschaftlichen Unsicherheit beantragt Schmalzl nun, eine Langzeitstudie über die gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunksendeanlagen in Auftrag zu geben. Gegenstand sollen die thermischen und athermischen Wirkungen der Sendeanlagen sein, gleichzeitig soll in einem Katasterplan die Strahlenbelastung in den Wohnräumen der Anwohner erfasst werden.

Judith Schmalzl: “Es gibt mittlerweile zwar Studien, die schädliche Wirkungen elektromagnetischer Strahlung nachweisen - etwa eine Veränderung der Hirnströme, eine Beeinträchtigung der Blut-Hirn-Schranke, ein erhöhtes Krebsrisiko, eine schwächere Immundefunktion und Schlafstörungen. Aber die gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunksendeanlagen auf den Menschen sind immer noch unerforscht, hier brauchen wir so rasch wie möglich eine epidemiologische Langzeitstudie. Es ist unverantwortlich, die ganze Republik mit Sendemasten vollzupflastern, ohne sich ein genaues Bild von den möglichen Konsequenzen verschafft zu haben.”

TERMINE

Mittwoch, 2. Mai, 18 Uhr:
Kommunalpolitisches Forum (KPF),
Thema: Wohnen und Stadtteilentwicklung in München. Mit Stadtrat Helmut Steyrer und Stadtvorstand Bernd Schreyer. Im Rathaus, Zi. 154.

Montag, 7. Mai, 19 Uhr:
Forum Bürgergesellschaft mit Prof. Adalbert Evers, Uni Gießen, Mitglied der Enquête-Kommission “Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements.” Das Forum dient vor allem der Programmentwicklung für die Kommunalwahlen.
Stadtbüro, Sendlingerstr. 47

Arbeitskreise:

Donnerstag, 10. Mai, 18 Uhr:
AK Energie, Rathaus, Zi. 154.

Dienstag, 29. Mai, 18.30 Uhr:
AK Sozialpolitik, Rathaus, Zi. 154.

Mittwoch, 30. Mai, 18 Uhr:
AK Migration, im Rathaus Zi. 154.

Donnerstag, 31. Mai, 18 Uhr:
Kommunalpolitisches Forum (KPF),
im Stadtbüro, Sendlingerstr. 47



Anke Wittmann

verheiratet, 2 Kinder
Pharm.-techn. Assistentin und Hausfrau
Vertreterin der Grünen im BA 20 und Sprecherin des KPF.

Strebst Du einen aussichtsreichen Listenplatz an?

„Ja.“

Das Kommunalpolitische Forum lädt ein:

LUST AUF BA -

EINMISCHEN IN DIE STADTPOLITIK - ERFOLGE SEHEN

am Donnerstag, den 3. Mai 2001 um 19.30 Uhr
im Stadtbüro, Sendlingerstr. 47

Diese Einladung richtet sich an alle, die die Entwicklung in ihrem Lebensumfeld mitgestalten wollen und dabei gerne mit anderen zusammen aktiv werden möchten. Herzlich willkommen sind auch diejenigen, die sich über diese Art bürgerschaftlichen Engagements erst einmal informieren wollen.

Grüne Anlaufstellen:

STADTRATSFRAKTION

Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste,
Tel: 233 92 620, Fax: 290 41 05
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Geschäftsstelle

Elke Büttner

Fraktionsvorsitzende

Siegfried Benker
Jutta Koller

Grünes Stadtbüro

(täglich von 15-18 Uhr),
Neue Adresse
Sendlingerstr. 47, 80331 München
Tel.: 201 44 88, Fax: 202 18 14
e-mail: stadtbuero@
gruene.m.uunet.de
http://www.gruene.de/muenchen

MitarbeiterInnen

Annette Louis,
Liane Rohen,
Petra Tuttas

Stadtvorsitzende

Dr. Florian Roth, Lydia Dietrich

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder,
Tel. 233 92 482
Büroleitung
Stefan Scholer

Grüne Jugend München

Markus Sippl, Tel. 930 33 88
Markus@gjm.de

Sara Haußleiter, Tel. 901 39 671
sara@gjm.de

Internet: www.gjm.de

NOCH
EIN WORT
ZUM
DEUTSCHEN
STOLZ...

“Wer den Bürgern der Bundesrepublik den selbstkritischen Umgang mit ihrer älteren und jüngeren Geschichte wegschwatzen will, raubt ihnen eines der besten Elemente politischer Gesittung, die seit den späten 50er Jahren allmählich in diesem Staatswesen entwickelt worden ist. Am verräterischsten ist dabei die fundamentale Verkennung, als sei die durch die Not erworbene moralische Sensibilität gegenüber der eigenen Geschichte ein kultureller und politischer Nachteil, verglichen mit anderen Nationen, und als gelte es, deren aus historischen Gründen oft robusteres und naiveres und politisch meist schädliches historisches Selbstbewusstsein zu kopieren.”

Martin Broszat war von 1972 bis zu seinem Tod 1989 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München

Impressum

Inhaber und Verleger:

Stadtratsfraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Marienplatz 8,
80331 München,

Redaktion MAMBA:
Markus Viellvoye (verantwortl.),

Christine Kugler, Alexandra Weiß,
Sedef Özakin, Stefan Scholer

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner
Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit DM 18,-/
Einzelpreis DM 3,-

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff
Druck: Ulenspiegel Druck und Verlag,
Besengassl 4, 82346 Andechs
Auflage: 2000